

Der 7. Juni 2015 war ein historischer Tag für die Türkei: Zum ersten Mal seit 13 Jahren erlangte Ministerpräsident Erdogan «Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung» (AKP) nicht mehr die absolute Mehrheit im Parlament. Noch bemerkenswerter war allerdings, dass die kurdische «Demokratische Partei der Völker» (HDP) 13,1 Prozent der Stimmen erreichte, damit die Zehn-Prozent-Hürde überwand und achtzig Sitze im Parlament gewann. Erdogan war aber nicht bereit, mit ihnen oder einer anderen gewählten Partei eine Regierungskoalition zu bilden und erzwang damit Neuwahlen. Und sein Kalkül ging auf: Tatsächlich erreichte die AKP bei den zweiten Wahlen am 1. November 2015 die absolute Mehrheit und konnte wieder allein die Regierung bilden. Die HDP verlor zwar Stimmen, konnte aber mit 10,8 Prozent dennoch wieder ins Parlament einziehen.

Sowohl die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als auch der Europarat haben die Wahlen in der Türkei negativ bewertet. Nina Schneider und Maja Hess, die als erfahrene Wahlbeobachterinnen mit einer Schweizer Delegation für die HDP vor Ort waren, erklärten gegenüber dem WENDEKREIS warum: «Die Grundbedingungen für freie und faire Wahlen waren nicht gegeben. Die staatliche Repression verunmöglichte es der kurdischen «Demokratischen Partei der Völker» (HDP), einen eigentlichen Wahlkampf zu führen. Nach den Anschlägen des Islamischen Staates (IS) auf Versammlungen in Diyarbakir, Suruç und Ankara, bei denen mehr als hundert Menschen getötet und hunderte verletzt wurden, beschloss die Partei, auf öffentliche Versammlungen zu verzichten – eine Sicherheitsmassnahme, um das Leben ihrer Leute zu schützen.» Dabei konnten bis heute Vermutungen darüber, dass dem türkischen Geheimdienst die Planung dieser Anschläge bekannt war, nicht ausgeräumt werden.

Doch auch der Wahlgang selbst fand unter bedenklichen Bedingungen statt. «Erschreckend war die massive Militärpräsenz in den kurdischen Gebieten. Viele Wahllokale wurden von Soldaten und Panzern

Zivilbevölkerung unter Beschuss

Seit den türkischen Parlamentswahlen im Juni 2015 befindet sich der kurdische Südosten des Landes im Ausnahmezustand. Die Zivilbevölkerung wird immer mehr zur Zielscheibe der staatlichen Gewalt – und die Medien schweigen.

Text: Nicole Maron, Foto: Refik Tekin/Keystone

geradezu belagert, Soldaten hielten ihre Waffen auf die Menschen gerichtet, die kamen, um ihre Stimmen abzugeben. Zudem wurden viele Delegierte stundenlang auf Polizeiposten befragt und so in der Wahlbeobachtung behindert.»

40 000 Soldaten im Einsatz

Die HDP schaffte zwar den Einzug ins Parlament, doch der Preis für diesen Sieg war hoch: Seit den Wahlen im Juni geht die türkische Regierung mit massiver Gewalt gegen die kurdische Bevölkerung im Südosten des Landes vor. Hunderte von Menschen wurden getötet, darunter viele Zivilisten/-innen. In kurdischen Städten wie Diyarbakir, Cizre, Silopi oder Nusaybin – in denen die HDP bei den Wahlen bis zu neunzig Prozent der Stimmen erhalten hatte – herrscht Kriegszustand: Bis zu 40 000 Soldaten sind im Einsatz, auf den Dächern stehen Scharfschützen, es wird mit Panzern und Raketen geschossen. Innerhalb von knapp drei Monaten wurden 52 Ausgangssperren verhängt, teilweise wochenlang und rund um die Uhr. Eineinhalb Millionen Menschen waren davon betroffen. Da es verboten war, auf die Strasse zu gehen, konnten sie weder Lebensmittel kaufen noch Verletzte behandeln lassen noch ihre Todesopfer beerdigen. Vielerorts wurde die Strom- und Wasserversorgung abgestellt. Zehntausende von Menschen sind aus den betrof-

fenen Städten geflüchtet. Amnesty International (AI) forderte die Türkei bereits im September 2015 mit Nachdruck auf, die Rechte der Zivilbevölkerung auf Zugang zu Grundversorgung zu gewährleisten – doch seither hat sich die Situation laut einem AI-Report vom 6. Januar 2016 weiter verschlechtert.

Anfang Januar 2016 veröffentlichte die kurdische Nachrichtenagentur ANF den Inhalt eines Dokuments vom 30. Juli 2015, in welchem die Soldaten der türkischen Streitkräfte offiziell legitimiert werden, mit scharfer Munition auf Zivilisten/-innen zu schießen, ohne dafür rechtlich belangt zu werden. Wie das Dokument an die Öffentlichkeit gelangte, ist nicht bekannt. Im Normalfall erfährt die türkische Bevölkerung über die Lage im Südosten ohnehin so gut wie nichts – zumindest nicht aus den nationalen Medien. Seit Sommer 2015 sind nicht nur 3000 kurdische Politiker/-innen verhaftet worden, sondern auch zig Journalisten/-innen, die nicht im Sinne Erdogans berichteten. Doch auch Schweizer Medien werden kritisiert, über die Lage in der Südosttürkei nicht angemessen zu berichten. Im Januar 2016 hat die Nachrichtenplattform Infosperber das Schweizer Fernsehen kritisiert, weil das Thema trotz der systematischen Menschenrechtsverletzungen in der Hauptausgabe der «Tagesschau» wochenlang

nicht aufgenommen wurde. Ein Grund mehr für den WENDEKREIS, Einblick in die Situation vor Ort zu nehmen: Der kurdische Gymnasiallehrer Ahmed Bawer mend hat uns im Januar 2016 geschildert, was er in den vergangenen Monaten in seiner Heimatstadt Nusaybin erlebt hat.

«Nicht einmal zu Hause fühlen wir uns sicher»

«Seit Juni 2015 wurden schon sechs Mal Ausgangssperren verhängt, die immer rund um die Uhr galten, die längste hat zwei Wochen gedauert. Beim ersten Mal waren wir nicht zu Hause, sondern zu Besuch bei unserem Sohn in der Zentraltürkei. Dort hört und sieht man nichts von dem Krieg, der hier stattfindet. Als wir nach Hause kamen, fanden wir in unse-

rem Schlafzimmer, das zur Strasse hinausgeht, vier Einschusslöcher vor. Seither schlafen wir vorsichtshalber im Korridor. Die Menschen leben in stetiger Angst –

Die Streitkräfte werden offiziell legitimiert, mit scharfer Munition auf Zivilisten/-innen zu schiessen.

nicht einmal zu Hause fühlen wir uns mehr sicher. Besonders schlimm ist es für die Kinder. Unsere achtjährige Tochter schreit jedes Mal, wenn geschossen wird. Seit drei Monaten kann sie ausserdem nicht mehr zu Schule gehen – die Regie-

rung hat die türkischen Lehrer abberufen, weil ihre Sicherheit nicht mehr gewährleistet war. Als die Lehrer gingen, weinten einige Kinder und sagten: «Lasst uns hier nicht allein, sie werden uns töten.» Und es gibt nichts, was man als Vater oder Mutter sagen kann, um sie zu beruhigen. Denn wir wissen tatsächlich nicht, was in den nächsten Monaten hier passiert. Ich gehe davon aus, dass es noch viele Ausgangssperren geben wird. Wir versuchen, uns darauf vorzubereiten, indem wir wenigstens genügend Wasser und Lebensmittel einkaufen. Doch wir wissen nie, wie lange es dauert, und rechnen täglich aus, wie lange die Vorräte noch reichen – wir zählen die Tage und wissen nicht, wie viele es noch sein werden.» ●



Viele Wohnhäuser in kurdischen Städten sind von Einschusslöchern übersät – die Zivilbevölkerung lebt unter ständiger Lebensgefahr.